

---

SVP Kanton Solothurn

Volkswirtschaftsdepartement  
Regierungsrätin Brigitte Wyss  
Rathaus / Barfüssergasse 24  
CH-4509 Solothurn

Mai 2018

## **Neuer Finanzausgleich Kirchen im Kanton Solothurn (NFA Kirchen SO); Gesetz über den Finanzausgleich der Kirchgemeinden (FIAG KG): Vernehmlassung**

Sehr geehrte Frau Regierungsrätin  
Sehr geehrte Damen und Herren

In vorgenannter Angelegenheit nehmen wir Bezug auf Ihr Schreiben vom 27. Februar 2018 und danken Ihnen für die Gelegenheit, nachfolgend unsere Stellungnahme abgeben zu dürfen.

### 1. Vorbemerkungen

Die SVP begrüsst, dass das bisherige System des Finanzausgleichs neu durch einen rein steuerkraftbasierten Finanzausgleich zwischen den Kirchgemeinden und einen vertikalen Ausgleich ersetzt wird. Die SVP bekennt sich zur christlich-abendländischen Kultur der Schweiz. Diese ist die Basis unserer Identität und unseres Zusammenlebens. Die Glaubens- und Gewissensfreiheit erlaubt allen Bürgern freies Denken, Schreiben, Sprechen und Bekennen. Kirchen und Religionsgemeinschaften geniessen darum im Rahmen der Verfassung Freiheit der Verkündigung und Freiheit für die kirchliche Tätigkeit. Die Trennung von Kirche und Staat ist wichtig. In der jüngsten Vergangenheit vermissten wir im Gegenzug die Toleranz auf kirchlicher Seite gegenüber Leuten mit anderen Meinungen. Die Landeskirchen werden von Bürgern gemäss ihrem Glaubensbekenntnis finanziert. Daher haben wir Mühe mit diskriminierenden Äusserungen von Amtsträgern gegenüber Mitbürgerinnen und Mitbürgern, welche politische Ansichten nicht mit kirchlichen Würdenträgern teilen. Umverteilungsmassnahmen nehmen die kirchlichen Vertreter jeweils tolerant entgegen.

### 2. Zum vorliegenden Gesetz nehmen wir wie folgt Stellung

Grundsätzlich begrüssen wir einen gewissen Grad an Ausgleich, empfinden aber den Aufwand und den erreichten Komplexitätsgrad als oberstes Limit. Wir haben Zweifel ob die Dimension des Ausgleichs diesen Aufwand rechtfertigt. Neben üblichen Umverteilungsverlusten zieht dieses Vorgehen immer einen Aufwand bei der Verwaltung plus externe Berater mit sich. Daher wünschen wir uns einen reduzierten Komplexitätsgrad und künftig den Verwaltungsaufwand und die Inanspruchnahme von externen Berater auf ein Minimum zu reduzieren.

Wenn wir sehen, dass viele Kirchen mit Mitgliederschwund zu kämpfen haben und es auch vermehrt zu Veräusserung von Kirchenräumen kommt, sehen wir die Verteilung nicht als dringlichste Aufgabe. Die Kirchen haben tendenziell Überkapazitäten. Daher erwarten wir eine Nachfrageorientierte Vorgehensweise. Dass man sich stets leiten lässt von der Frage, was der Bedarf ist und man nicht Überkapazitäten weiter finanziert. Daher verstehen wir die Festsetzung auf 10 Millionen nicht bei stetig fallenden Zahlen von Mitgliedern der Landeskirchen. Warum man dann aus anderen Budgets diesen Ausgleich finanzieren soll sehen wir nicht ein.

Die Aufteilung unter den 3 Konfessionen im Verhältnis der Mitgliederzahl in jedem Bezirk erachten wir als sinnvoll. Bei der Aufteilung zwischen den Kirchgemeinden und den Kantonalorganisation macht die Einführung von Bandbreiten hin. Jedoch können wir uns vorstellen, dass diese Bandbreiten grösser gemacht werden können um in Zukunft bedarfsgerecht zu reagieren. Der Einbezug der Kantonalorganisation entspricht einer basisnahen Umsetzung. Ein Disparitätenausgleich zwischen finanzschwachen sowie finanzstarken Kirchgemeinden macht Sinn. Eine Mindestausstattung muss ebenfalls vorhanden sein. Ein Härtefallausgleich begrüssen wir, damit die betroffenen Gemeinden sich einstellen können. Diese Übergangszeit muss jedoch nicht 6 Jahre dauern. Eine Dauer von 2 bis 4 Jahren wäre immer noch im Bereich des zumutbaren. Bei kirchlichen Zusammenschlüssen gehen wir davon aus, dass dies in den meisten Fällen mit Kosteneinsparungen aufgrund Überkapazitäten (zu wenige Pfarrer, zu viele Kirchen) einhergeht. Daher lehnen wir die Besitzstandsregelung bei Zusammenschlüssen ab.

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse  
SVP Kanton Solothurn

Christian Imark  
Präsident

Mathias Borner  
Kantonsrat